

Ausführungen des Regionalverbandsdirektors Peter Gillo zum Haushalt 2023



15. Dezember 2022

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch das Jahr 2021 war kein Jahr wie jedes andere. So habe ich bei meiner letzten Haushaltsrede begonnen. Es würde wieder passen. 2022 haben wir Krieg in Europa mit all seinen bekannten Folgen, auch die Auswirkungen des Klimawandels werden sichtbarer und lange bekannte gesellschaftliche Entwicklungen, wie der demographische Wandel oder die Digitalisierung, werden in ihrer Wirkung und ihren Anforderungen deutlich. Es stellt sich das Gefühl ein, dass die **Krisenhaftigkeit der Gegenwart zur neuen Normalität** wird.

Der Schriftsteller Max Frisch soll einmal gesagt haben: „Die Krise ist ein produktiver Zustand. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.“

Und so ist es. Das Disruptive bietet immer auch Chancen und Möglichkeiten, um Dinge zu verändern und zu verbessern. Diese müssen wir zusammen nutzen. Im Regionalverband Saarbrücken richten wir deshalb den Blick nach vorne. Wir stellen uns den Herausforderungen und erarbeiten konstruktiv Lösungen im Sinne der hier lebenden Menschen.

Die Folgen der angesprochenen Krisen und Entwicklungen, wie beispielsweise der Fachkräftemangel, die hohe Inflation, schwache Lieferketten, große Fluchtbewegungen, enorme Baupreise oder die Energieknappheit, verbunden mit extremen Energiepreissteigerungen, belasten nicht nur die Gesellschaft, sondern zeigen sich auch in **massiven Mehrbelastungen** des zur Beschlussfassung vorliegenden Haushaltsentwurfs 2023.

Die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden ist bedroht:

Meine Damen und Herren, in zahlreichen **intensiven Gesprächen** haben wir uns verwaltungsintern mit den Bürgermeistern und Kämmerern, dem Kooperationsrat und mit Ihnen, als politische Vertreterinnen und Vertreter des Regionalverbandes, über den Haushalt 2023 ausgetauscht. Dabei haben uns bis zuletzt **Unsicherheiten** begleitet. Wie werden sich die Preise und insbesondere die Energiepreise entwickeln? Welche Unterstützungen oder Erstattungen gibt es gegebenenfalls doch noch von Land oder Bund? Welche Stellschrauben haben wir, um noch weitere Einsparungen vorzunehmen? Wie wird sich angesichts einer drohenden Rezession der Arbeitsmarkt und die Steuereinnahmen entwickeln? Gleichzeitig haben wir die **Not der Städte und Gemeinden** aufgenommen: Spielplätze können nicht saniert werden. Es muss voraussichtlich mit Kassenkrediten geplant werden. In Zeiten steigender Zinsen sind das „Zeitbomben“ in den Haushalten der Städte und Gemeinden. Diese und mehr Berichte haben uns die problematische Situation der Städte und Gemeinden plastisch vor Augen geführt.



Der Regionalverband.
Verbindet Städte,
Gemeinden und Menschen.

Nach besten Wissen und Gewissen haben wir in **Abwägung der finanziellen Interessen** der Städte und Gemeinden sowie auch des Regionalverbandes mit seinen zahlreichen Pflichtaufgaben den vorliegenden Haushalt aufgestellt und ständig an sich verändernde Erkenntnisse angepasst. Der angeführte Umlagebedarf von 294,6 Millionen Euro für das Jahr 2023 ist erschreckend, aber realistisch. Er muss ein Warnsignal sein. Ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 35,9 Millionen Euro und damit um 13,9 Prozent macht klar, dass wir die Städte und Gemeinden weiter massiv belasten müssen. Der für die Städte und Gemeinden relevante Umlagesatz steigt um 2,7 Prozentpunkte auf 54,6% und ist damit im Hinblick auf die vergangenen Jahre moderat. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass durch Verpflichtungen im Zuge des **Saarlandpaktes** die Spielräume kleiner geworden sind und gleichzeitig die Notwendigkeit für Investitionen beispielsweise durch die Digitalisierung und den Klimawandel enorm ist. In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen ausdrücklich sagen: Mehrere Städte und Gemeinden können 2023 die Defizitobergrenze nach dem Saarlandpakt nur durch Einnahmeverbesserung oder drastische Sparmaßnahmen einhalten.

Die finanzielle Not der Städte und Gemeinden ist uns sehr bewusst. Dies haben wir unter anderen mit einer **alle parteienübergreifenden Resolution** in der letzten Regionalversammlung am 24.11.2022 zum Ausdruck gebracht und zahlreiche Forderungen an das Land und den Bund gestellt. Gleichwohl haben wir bei uns begonnen und konnten durch eine globale Kürzung von 10% der sächlichen Verwaltungsausgaben, durch gute Verhandlungsergebnisse bei Ausgleichszuweisungen und durch gute strategische Entscheidungen, wie unser Ansatz „Prävention vor Intervention“ in der Jugendhilfe insgesamt **4,3 Millionen Euro einsparen**. Auch bei der Finanzierung abweisbarer Ausgaben bleiben wir seit Jahren deutlich unter den gesetzlichen Möglichkeiten und schränken damit den eigenen politischen Handlungsspielraum zugunsten der Städte und Gemeinden ein. Angesichts der enormen Umlagesteigerung ist dies ein Tropfen auf den heißen Stein, aber die großen Ausgaben sind eben auf **Pflichtaufgaben**, hauptsächlich im Bereich der sozialen Sicherung, zurückzuführen und dort haben wir kaum Einsparmöglichkeiten. Lassen Sie mich daher im Folgenden die Umlageentwicklung einordnen:

Der angesprochene **Bereich der sozialen Sicherung** macht 78,33 Prozent des Gesamthaushaltsvolumens von 652,2 Millionen Euro aus. Die drei größten Ausgabeposten sind dabei das Jobcenter mit 181,7 Millionen Euro, die Jugendhilfe mit 168,8 Millionen Euro und das Sozialamt mit 160,4 Millionen Euro. Wie Sie natürlich wissen, sind große Anteile der Millionenbeträge dieser Pflichtaufgaben durchlaufende Bundesmittel. Aber die Sach-, Personal- und Verwaltungskosten für diese Bundesleistungen werden in großen Teilen auf die Kommunen abgewälzt und steigen aufgrund von Fallzahlsteigerungen ständig an.

Darüber hinaus erleben wir weiterhin, dass gesamtgesellschaftliche Herausforderungen, wie eine alternde Gesellschaft, nicht als solche anerkannt werden und die Kommunen dies allein bewältigen sollen. Ich wiederhole mich auch mit dem Hinweis, dass Aufgaben und Aufgabenerweiterungen auf Landes- und Bundesebene beschlossen aber nicht auskömmlich finanziert werden. Allein diese zwei Punkte, die in der genannten Resolution aufgegriffen werden, führen zu enormen Kostensteigerungen, die ich folgend an zwei Beispielen darstellen will.

Bei den **Hilfen zur Pflege** erwarten wir durch tarifliche Entlohnung beim Pflegepersonal, was absolut wünschenswert und notwendig ist, bundeseinheitliche Personalbetreuungsschlüssel, Regelsatzerhöhungen und

Kostensteigerungen wegen steigender Energiepreise und der Inflation Mehrkosten von 600 Euro pro Person und Monat. Insgesamt ist das eine Steigerung um 9,2 Millionen auf 41,1 Million Euro. Das ist enorm. Perspektivisch werden angesichts einer alternden Bevölkerung immer mehr Menschen die finanzielle Unterstützung der Hilfen zur Pflege in Anspruch nehmen, was ihr gutes Recht ist. An dieser Stelle muss ich erwähnen, dass es mit diesen Versorgungsleistungen allein nicht getan ist. Gerne verweise ich hierbei auf unser „Strategiepapier – Aktiv älter werden im Regionalverband“, das sich ausführlich und gut mit dem Themenkomplex auseinandersetzt. Denn eine alternde Bevölkerung in der aufgrund veränderter Rahmenbedingungen Familienstrukturen viele Hilfestellungen für alte Menschen nicht mehr ausreichend erbringen beziehungsweise erbringen können, macht es auch notwendig, dass sich der Staat mit Fragestellungen wie, Vereinsamung, mangelndem Hilfsuche-Verhalten, Barrierefreiheit, gute Betreuung und so weiter auseinandersetzt. Dies darf, wie ich schon gefordert habe, nicht allein die Kommunen finanziell belasten.

Ich komme zu meinem zweiten Beispiel. Der Bund reformiert das **Wohngeld**. Das Ziel dieser Wohngeldreform, den Kreis der Berechtigten zu verdreifachen, ist richtig und den Nöten von Menschen mit niedrigen Einkommen in Anbetracht der steigenden Mietnebenkosten angemessen. Jedoch bedeutet dies einen massiven Personalaufwuchs. Im Regionalverband Saarbrücken, der auch die Wohngeldbearbeitung für den Landkreis Saarlouis übernimmt, sind derzeit 12 Stellen für die Wohngeldbearbeitung vorgesehen. Die Reform bedeutet einen Personalaufwuchs von 17 Stellen, die in Zeiten des Fachkräftemangels auch erstmal mit gut ausgebildeten Personal besetzt werden müssen. Es wird Ihnen aufgefallen sein, dass die 17 Stellen keine Verdreifachung, wie es mit Blick auf die Wohngeldberechtigten vorgesehen ist, darstellen. Wir kalkulieren hier knapp. Denn unser Sozialamt ist gut aufgestellt auch hinsichtlich der Digitalisierung und wir glauben, dass dadurch 17 Stellen ausreichend sind. Auch diese 980 Tausend Euro zuzüglich Büroflächen und Arbeitsplatzausstattung bekommen wir nicht ersetzt, obwohl wir uns diese Mehrarbeit nicht selbst ausgesucht haben.

Meine Damen und Herren, neben diesen zwei besonders herausgehobenen Aspekten, sind weitere Kostenpunkte relevant, auf die ich Sie hinweisen möchte: Der fürchterliche **Angriffskrieg** Russlands gegen die Ukraine macht sich auch **bei uns bemerkbar**. Zum einen durch den Einfluss auf die Energiepreise und zum anderen durch die Unterstützung der Menschen, die vor den Schrecken der russischen Angriffe fliehen. Bei der Unterbringung sind hier vor allem unsere Städte und Gemeinden extrem stark gefordert, bei der Auszahlung von Grundsicherungsleistungen dann auch das **Sozialamt und das Jobcenter**. Bis heute haben über 4400 aus der Ukraine Geflüchtete im Sozialamt vorgesprochen. In Anbetracht dessen und der andauernden Angriffe auf elementare Infrastrukturen in der Ukraine erwarten wir umlageerhöhende Kosten bei den Hilfen zum Lebensunterhalt und den Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz von 13,3 Millionen Euro. Erstattungen durch das Land konnten auch hier nicht berücksichtigt werden, da es keine Zusagen gibt und das Land die Auffassung vertritt, dass hier keine eigene Zuständigkeit gegeben ist. Immerhin werden wir wohl eine **Erstattung** von rund 3,8 Millionen Euro aus Bundesmitteln erhalten. Dies **reicht natürlich nicht aus**. Die Entlastung werden wir natürlich schnellstmöglich an die Städte und Gemeinden weitergeben. Hinzu kommen ebenfalls umlageerhöhend die Leistungen für Unterkunft und Heizungen. Hier wirken sich die Energiepreissteigerungen am stärksten in unserem Haushalt aus. Nach differenzierten Betrachtungen und langen Überlegungen haben wir uns bei allen verbleibenden Unsicherheiten dazu entschlossen, eine Steigerung für

Mieten und Nebenkosten von 27% anzusetzen. Dadurch wird die Umlage um 20,8 Millionen Euro im Bereich des Jobcenters steigen müssen. Positiv ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben, dass wir auch von einer Leistungsbeteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung in Höhe von 12,7 Millionen Euro profitieren und sich außerdem in den letzten Monaten der **Arbeitsmarkt** sehr gut entwickelt hat. Im Mai 2022 hatten wir beispielsweise den niedrigsten Wert an Bedarfsgemeinschaften in den letzten 10 Jahren. Einen kleinen Anteil daran hat sicher auch die Jugendberufsagentur und das bekannte Förderprogramm nach §16i SGB II, welches Langzeitarbeitslosen eine geförderte Beschäftigung ermöglicht. Durch regelmäßige Strukturen, Routinen und das Gefühl eine Aufgabe zu haben und gebraucht zu werden, schaffen es viele, sich nochmal längerfristig im Arbeitsmarkt zu integrieren. Durch eine Co-Finanzierung steigert der Regionalverband die Attraktivität des Instruments noch weiter. Im Übrigen ist es eine gute Nachricht, dass diese Fördermöglichkeit bundesseitig entfristet wird. Durch die angesprochene positive Entwicklung gehen wir für 2023 trotz des Wechsels vieler Geflüchteter ins SGB II von einer Verringerung der Bedarfsgemeinschaften um 4,1% aus. Drücken wir gemeinsam die Daumen, dass sich, wenngleich die Umstände widrig sind, die Wirtschaft robust zeigt und Insolvenzen sowie eine Rezession ausbleiben. Im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen wir mit der **Wirtschaftsförderung** und unserem Verein „Wirtschaftsregion Saarbrücke e.V.“ die Unternehmen in der Region. Wir vernetzen, entwickeln Ideen, geben Impulse und bieten Weiterbildungsformate an. In diesem Jahr war die Online-Seminar-Reihe „Lunch & Learn“ zum Thema Personalführung ein voller Erfolg. 2023 möchten wir diese fortführen.

Zur sozialen Sicherung und im Besonderen zur Vorsorge gehört das **Jugendamt**, welches noch nicht genauer betrachtet wurde. Aber auch hier gibt es Positionen, die maßgeblich zur Umlagesteigerung beitragen. Insgesamt geht es hierbei um eine Steigerung um 10,8 Millionen Euro. Wobei 2,8 Millionen Euro im Sozialen Dienst und rund 6,1 Millionen Euro im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder anfallen. Wesentlicher Grund sind in allen Bereichen Personalkostensteigerungen, die auf neue tarifliche Vereinbarungen zurückzuführen sind und solche, die sich aus Gruppenerweiterungen und zusätzlichen Kindergartenbestandsplätzen ergeben, was angesichts der Mangellage eine gute Nachricht ist.

Neben den Kosten der sozialen Sicherung sind auch die **Personalkosten** immer ein großer Posten im Haushalt des Regionalverbandes. Hier bilden sich Fallzahlsteigerungen aber auch die Ausweitung von Aufgabenbereichen ab. Das Gesamtvolumen der umlagewirksamen Personal- und Versorgungsaufwendungen beträgt 2023 104 Millionen Euro. Davon wird etwas mehr als ein Fünftel (21 Millionen Euro) durch Erträge von dritter Seite gedeckt. Die Mehrkosten ergeben sich dabei vor allem aus den Bereichen Grundsicherung beziehungsweise Asyl und Wohngeld, sowie Pandemiebekämpfung. Aber auch die Digitalisierung der Schulen spielt eine wichtige Rolle. Nicht zuletzt müssen wir auch dem Fachkräftemangel begegnen und haben deshalb im Bereich der Aus- und Fortbildung aufgestockt.

Ich möchte Sie noch auf zwei weitere Budgets hinweisen, die in relevanter Weise zum Anstieg der Umlage beitragen. Erstens unsere 75 **Schulen** an 48 Standorten, die mit rund 3 Millionen Euro zahlungswirksamer Veränderung zu Buche schlagen und das **Gesundheitsamt** mit 1,36 Millionen Euro. Im Falle der Schulen sind die Mehraufwendungen alle durch die aktuellen Rahmenbedingungen bestimmt, die wir nicht beeinflussen können:

Baupreissteigerungen im allgemeinen Bauunterhalt, Tarifsteigerungen, mehr Personal zur Digitalisierung der Schulen und steigende Kosten für Schulbusse und das Heizen - hier spielen im Übrigen die Lüftungsmaßnahmen im Rahmen der Pandemie weiterhin eine Rolle. Im Gesundheitsamt führen unter anderem zusätzliche Personalisierungen im Rahmen von Gesetzesänderungen beispielsweise im Bereich der Betreuungsbehörde und zahlreiche sozialintegrative Leistungen der Gesundheitsförderung wie zum Beispiel die zwei neuen Projekte Glühwürmchen und Drachenfeuer für Kinder aus suchtbelasteten Familien zu Mehrkosten. Gleichwohl können hierdurch auch zukünftige Kosten vermieden werden. Es gilt Prävention vor Intervention.

Meine Damen und Herren, ein letzter Faktor, der die Umlage beeinflusst, muss fairerweise noch angeführt werden. Die neue Landesregierung, selbst finanziell nicht gut ausgestattet, wird die **Schlüssel- und Kommunalisierungszuweisungen** anheben, wodurch der Regionalverband 13,5 Millionen Euro mehr erhält, die direkt umlagesenkend gewirkt haben. Dies ist ein gutes Zeichen. Ebenso muss hervorgehoben werden, dass noch in diesem Jahr erste Gespräche im Hinblick auf die künftige Neugestaltung des vertikalen und horizontalen Finanzausgleichs und den Weg dorthin geführt wurden.

Dieser Lichtblick entspannt die Situation in der Gesamtbetrachtung natürlich nicht. Zu groß sind die Aufgaben und Transformationserfordernisse von Energie und Verkehr über Digitalisierung bis hin zu demographischen Erfordernissen und Bevölkerungsschutz.

Die konzentrierte Betrachtung der Umlage abschließend, möchte ich in die Zukunft gerichtet folgende wichtige Bemerkungen noch einmal betonen:

Es führt kein Weg daran vorbei: Wir **brauchen mehr Geld im „System“ der Kommunen**. Denn vor allem hier erleben die Bürger:innen den Staat, hier haben sie mit ihm den täglichen Kontakt, hier ist er Vorbild und schafft auch Voraussetzungen, dass die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen selbst die Transformation positiv gestalten können. Wird die kommunale Finanzierung nicht insgesamt auf ein auskömmliches Fundament gestellt, befinden sich die Kommunen in der finanziellen Vergeblichkeitsfalle.

Sie haben die enormen Beträge im Haushalt für die Bereiche der sozialen Sicherung gesehen. Insbesondere auch im Hinblick auf die Fluchtbewegungen. Deshalb fordere ich nachdrücklich, dass bei der Verteilung von Mitteln die **Soziallasten** fokussiert werden müssen.

Drittens muss das Land beziehungsweise müssen die Länder ihrer Verantwortung gerecht werden und über den Bundesrat dafür sorgen, dass neue Aufgaben und **Aufgabenerweiterungen** durch den Bund vollständig, inklusive Personal- und Sachkosten finanziert werden, oder selbst die Finanzierung übernehmen.

Daran anknüpfend greife ich eine alte Forderung auf. Alle hier im Raum wissen, dass die schwierige finanzielle Situation der Städte- und Gemeinden historisch begründet ist. Der Strukturwandel belastet bis heute die Kommunen und inzwischen befinden wir uns in einem Neuen oder in einer ganz neuen Phase. Der Bund muss eine Lösung für **Altschulden** finden und die Länder müssen die Kommunen bei dieser Forderung stärker unterstützen.

Abschließend braucht es fünftens **Investitionsprogramme** mit niedrigen kommunalen Eigenanteilen von Bund und Land für die drängendsten Investitionen auf dem Weg zur Klimaneutralität.

Meine Damen und Herren, bevor ich nun inhaltlich auf einige Punkte, die uns im Regionalverband Saarbrücken bewegen, eingehe, möchte ich ankündigen,

dass wir natürlich auch in Zukunft unter den Gesichtspunkten der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit unseren in den Vorjahren begonnen Kurs der absoluten Sparsamkeit bei der Haushaltsaufstellung fortführen und leider auch verstärken müssen.

Energie - Rückgrat der Zivilisation:

Seit dem Angriffskrieg Russlands ist Energie das beherrschende Thema, wobei es im Zusammenhang mit dem Klimaschutz unter dem Begriff Energiewende schon seit langem auf der Tagesordnung steht. Die Tatsache, dass Energie nicht unbegrenzt und immer günstig zur Verfügung steht, haben wir lange verdrängt. Ebenso, dass sie von Geburt bis Tod jede Facette unseres Lebens begleitet. Der Schock in diesem Jahr war daher umso größer, als uns schlagartig **Abhängigkeiten** klar wurden und die Preise durch die Decke gingen.

Seitdem befassen wir uns intensiv mit Preisentwicklungen und ihren Folgen, mit möglichen Mangelsituationen und Resilienz und natürlich nochmals stärker mit dem Umstieg auf erneuerbare Energien vor Ort.

Hinsichtlich der Preisentwicklungen sind Sie, bin ich, sind alle privat betroffen. Die voraussichtlichen Auswirkungen werden dabei, wie bereits dargestellt, insbesondere im Bereich der Grundsicherungsleistungen sehr spürbar. Darüber hinaus sind aber auch unsere Liegenschaften betroffen. Wir haben rechtzeitig **Vorsorge getroffen**. Deshalb laufen die Verträge mit den Versorgern noch über das gesamte Jahr 2023. Die Preissteigerungen bleiben für den Moment verkräftbar. Erst ab 2024 wäre dann mit besonders hohen Steigerungen im Zuge neuer Verträge zu rechnen, wenn sich die Situation nicht stabilisiert. Bis dahin dürfte aber auch die Wirkweise der Gaspreisbremse berechenbarer und klarer sein.

Neben der Preisentwicklung ist die **Gefahr einer Mangelsituation** ein weiterer Bereich mit dem wir uns auseinandergesetzt haben und auseinandersetzen. Meinem Eindruck nach wird dieses Szenario in der Breite nicht ernst genug genommen. Im Regionalverband Saarbrücken arbeitet der Arbeitskreis **Energieeffizienzmaßnahmen** an dem Thema. Dabei haben wir Maßnahmen getroffen, die über die „Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über kurzfristig wirksame Maßnahmen“, die unter anderem Raumtemperaturen vorschreibt, hinausgehen. So haben wir uns dazu entschlossen über Master-Slave-Steckdosen den Mitarbeiter:innen zu ermöglichen, schnell ihren Arbeitsplatz stromlos zuschalten, um Stand-by Verluste zu reduzieren. Dies wird dadurch ergänzt, dass alle PCs um 19:30 Uhr zentral heruntergefahren werden. Außerdem wurden zentral alle Bildschirmschoner auf schwarz umgestellt. Lüftungsanlagen wurden ebenfalls überprüft und wo möglich abgeschaltet oder besser eingestellt. In 2023 werden wir die Heizungsanlage inklusive Regelungstechnik für das Saarbrücker Schloss modernisieren, die restliche Beleuchtung auf LED umstellen und eine Lichtsteuerung für die Flurbereiche als Pilotprojekt im Schloss ausprobieren. Darüber hinaus klären wir natürlich auf unterschiedlichen Wegen unsere Mitarbeiter:innen über das Thema Energiesparen auf. An all diesen Maßnahmen beteiligt ist unser Klimaschutzmanager, den wir seit diesem Jahr endlich haben. Er steht intern wie extern als Ansprechpartner zur Verfügung und wird im kommenden Jahr ein gefördertes Energie-Effizienz-Netzwerk auf den Weg bringen, um den Austausch zu systematisieren und zu intensivieren.

Darüber hinaus ist es selbstverständlich notwendig, sich auch auf das tatsächliche Eintreten einer Gasmangellage, eines Brownouts oder gar eines

Blackouts einzustellen. In der Tat hat man solche Fragestellungen in den letzten Jahrzehnten eher stiefmütterlich behandelt. Solche schwierigen Situationen wurden nicht mehr als realistisch angenommen. Die Verwaltung des Regionalverbandes ist nun intern wie auch extern, gemeinsam mit der Landeshauptstadt als unterer Katastrophenschutzbehörde auf dem Gebiet des Regionalverbandes, dabei, **resilientere Organisations- und Infrastrukturen aufzubauen**. Klar ist aber auch, dass dies nicht von heute auf morgen leistbar ist.

Umso wichtiger und aus Klimaschutzgründen absolut notwendig ist der Ausbau erneuerbarer Energien vor Ort. Ich hoffe sehr, dass hier die Krise tatsächlich im Rückblick produktiv gewirkt hat und der Ausbau jetzt schneller voranschreitet. In diesem Zusammenhang möchte ich auf ein weiteres Vorhaben für die Bürgerinnen und Bürgern aber auch Gewerbetreibenden hinweisen, welches wir mit unserem Klimaschutzmanager in 2023 angehen werden. Wir werden ein Solardachkataster anbieten. Dieses ermöglicht auf Grundlage zahlreicher Daten wie beispielsweise Dachneigung und Dachausrichtung gute Entscheidungen zu treffen, um auch im privaten Bereich den Ausbau von Photovoltaikanlagen voranzutreiben.

Wir selbst haben unsere Liegenschaften nochmal überprüft, ob unter veränderten Rahmenbedingungen doch Photovoltaikanlagen an der ein oder anderen Stelle wirtschaftlich nachgerüstet oder aufgestellt werden können. Und tatsächlich ist dies der Fall. Auf unseren Verwaltungsgebäuden in der Talstraße werden wir schnell eine Photovoltaikanlage aufbauen.

Klima- und Umweltschutz

Meine Damen und Herren, der Angriffskrieg Russlands ist so präsent, dass der Klimawandel und seine Folgen in den Hintergrund rücken. Die Sicherung der Energieversorgung erfordert plötzlich die Reaktivierung von Kohlekraftwerken und wir bauen neue fossile Infrastruktur. Gleichzeitig erleben wir regelmäßig riesige Waldbrände in Europa, die Sommer sind viel zu trocken und in anderen Teilen der Welt erleben Menschen apokalyptische Wetterphänomene, wie beispielsweise die Fluten in Pakistan. Wir müssen konsequenter den Weg gehen und **Treibhausgasemissionen verhindern** und vermeiden. Gleichzeitig müssen wir mit den Städten und Gemeinden Wege finden, wie wir die verschiedenen Bedürfnisse nach Arbeit, Wohnraum und Versorgung mit dem notwendigen Umwelt- und Klimaschutz vereinen. Ein aktuelles Beispiel sind die Diskussionen rund um das Gebiet „Auf dem Hahn“ in Riegelberg.

Natürlich müssen deshalb auch Klimaaspekte in unsere **Flächennutzungs- und Landschaftsplanung** einbezogen werden. Daran arbeiten wir. Dies nicht nur um das Klima zu schützen, sondern auch um die Folgen des Klimawandels im dicht besiedelten Raum beherrschen zu können. Gerade in der vorbereitenden Bauleitplanung werden diese Problemstellungen daher deutlicher Berücksichtigung finden. Zielsetzung ist es, den Flächennutzungsplan mit neuen Inhalten zu ergänzen: Ich denke da an die Risikobereiche „Thermische Belastung durch extreme Hitze“, „Überschwemmung durch Hochwasser“ oder etwa „Überflutungen durch Starkregen“. Dabei sollen die verschiedenen Schutzbereiche definiert und relevante Schutzmaßnahmen empfohlen werden. Darüber hinaus beobachten wir sehr genau gesetzliche Änderungen wie beispielsweise das „Wind an Land Gesetz“ und deren Implikationen für den Regionalverband Saarbrücken. An uns wird die Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien nicht scheitern.

Einige Aspekte, wie der Regionalverband in seinem Zuständigkeitsbereich wirken kann, habe ich bereits angesprochen. Neben der Aufklärung ist dies vor allem im Hinblick auf unserer Liegenschaften und deren Infrastruktur möglich. Natürlich nehmen wir auch unsere **Vorbildfunktion** und Verantwortung wahr. So sind alle Neubauten energetisch auf einem sehr guten Stand und Photovoltaikanlagen werden installiert. Außerdem haben wir im Austausch mit dem Klimaschutzmanager einen jährlichen Sondertopf in Höhe von 1 Million Euro eingerichtet, der speziell zur kurzfristigen Realisierung von Energieeffizienzmaßnahmen zur Verfügung steht. Darüber hinaus führen wir unser Programm für gute Fahrradabstellanlagen an Schulstandorten fort. Darin sind 300 000 Euro im Jahr vorgesehen. Wir sehen jetzt schon, dass gute Abstellanlagen zu einem Mehr an Radnutzung beitragen. In diesem Sinne unterstützen wir auch weiter die Aktion Stadtradeln und freuen uns darüber, dass sich immer mehr Schulen aus dem Regionalverband beteiligen.

Digitalisierung:

Meine Damen und Herren, die Digitalisierung ist in aller Munde. Sie ist ein drängender Transformationsprozess, der im vollem Gange ist. Die öffentlichen Verwaltungen können sich dem nicht verschließen und dürfen sich nicht abhängen lassen. Trotzdem möchte ich auch an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die Erwartungen teilweise das überfrachten, was Digitalisierung am Ende wirklich leisten kann. Denn viele Effizienzgewinne werden durch komplexer werdende Fallkonstellationen aufgeessen. Doch was wäre ohne Digitalisierung?

Im Hinblick auf den Regionalverband Saarbrücken möchte ich drei Perspektiven bei der Betrachtung einnehmen: Interne Arbeitsprozesse, Digitalisierung im Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern und die Digitalisierung unserer Schulen.

Die **Digitalisierung interner Arbeitsprozesse** ist äußerst anspruchsvoll. Denn eine richtige und gute Digitalisierung erschöpft sich nicht in der Übertragung analoger Arbeitsprozesse ins Digitale. Vielmehr müssen Prozesse und Tätigkeiten neu gedacht und in eine digitale Infrastruktur mit Kommunikationskanälen und Fachsoftware integriert werden. Dies erfordert aber auch initiale und dann wiederkehrende Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit teils neuen Lernformen und Lernformaten. Es braucht aber auch die Bereitschaft und Akzeptanz der Mitarbeiter:innen sich an eine neue Arbeitswelt anzupassen. Wir stehen hier zugegebenermaßen noch recht am Anfang. Aber einige Erfolge konnten wir schon erzielen, insbesondere auf technischer Seite. So steht prinzipiell der digitale Postausgang allen Organisationseinheiten zur Verfügung und wird nach und nach bis zum kommenden Frühjahr etabliert. Dies spart wertvolle Arbeitszeit der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter und beschleunigt die eigentliche Fallbearbeitung. Der Posteingang wurde im Sozialamt eingeführt und in Kürze wird das Schulverwaltungsamt folgen. In unserer Scanstelle kooperieren wir mit den Blieskasteler Werkstätten, die hier einen durchweg guten Job machen. Während der pandemischen Hochphasen waren wir gezwungen, sehr schnell auf Telearbeit und Homeoffice umzustellen. Inzwischen gehört dies zum Alltag und ist auch ein Angebot, das auf dem Arbeitsmarkt wichtig ist. Immer mehr Fachkräfte sehen Telearbeit und Home Office als wichtiges Element bei ihrer Arbeitsgestaltung an. Entsprechend passen wir nach und nach unsere IT-Ausstattung daran an.

Einen besonderen Mehrwert kann die Digitalisierung auch für den Kontakt **zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung** haben. So wird es in Zukunft möglich sein, zahlreiche Anträge, Nachweise aber auch Fragen digital einzureichen. Dabei sollte es auch das Ziel sein die digitalen Antragsverfahren so zu gestalten, dass es zahlreiche Hilfestellungen und Unterstützung bei der Antragstellung gibt. Leider sind wir hiervon noch ein ganzes Stück entfernt und haben noch große Anstrengungen vor uns. Die Ziele des Onlinezugangsgesetzes, Verwaltungsleistungen bis Ende 2022 auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten, wird bundesweit nicht erreicht werden. In Einzelbereichen gibt es jedoch Fortschritte. Der Regionalverband hat es in Zusammenarbeit mit Völklingen und der Landeshauptstadt geschafft, den digitalen Bauantrag bereitzustellen. Damit sind wir Vorreiter im Saarland. Voraussichtlich wird sich im Jahr 2023 noch einiges tun. Durch die föderale Struktur und das Nachnutzungsprinzip „Einer für Alle“ sind jedoch Vielfältige Abstimmungsprozesse notwendig, weswegen mit konkreten Startterminen vorsichtig zu verfahren ist. Konkreter kann ich werden, wenn es um Projekte geht, die wir selbst in der Hand haben. Im kommenden wird es beispielsweise neue elektronische Bezahlmöglichkeiten für Dienstleistungen etwa bei der VHS, dem Gesundheitsamt oder im Bereich der Touristeninformation geben. Auch haben sich zwischenzeitlich Videoformate, wo sie denn sinnvoll sind, etabliert. Sei es bei der Beratung oder bei der VHS in Form von „hybriden Veranstaltungen“. Auch das Angebot des Jobcenters kann sich sehen lassen. Mit Einführung des digitalen Hauptantrages im November wurde das Angebot der Onlineservices des Jobcenters ausgeweitet. Somit sind neben einer Online-Terminvereinbarung, der Videoberatung, dem Postfachservice auch zahlreiche Antragstellungen online möglich. Das Jobcenter ist somit ab 01.01.2023 die erste Behörde im Regionalverband Saarbrücken, die voll digitalisiert ist.

Meine Damen und Herren, wenn auch die Digitalisierungsfortschritte in der Verwaltung nicht so groß sind, wie man sich wünscht, so können wir auf unsere Leistungen bei der **Digitalisierung der Schulen** ein wenig stolz sein. Hier geht es, zumindest in unserem Verantwortungsbereich, in großen Schritten voran. Die damit verbundenen innovativen Lehr- und Lernformen gewinnen damit an Bedeutung und können bald ihren Mehrwert in den Lehr- und Lernprozess einbringen. Bisher konnten wir alle Lehrer- und Lehrerinnen mit mobilen Endgeräten ausstatten. Darüber hinaus steht schon über 12 000 Schülerinnen und Schülern ein entsprechend eingerichtetes Endgerät zur Verfügung. Zu Beginn des Schuljahres 2023/2024 werden alle Schülerinnen und Schüler ein Gerät nutzen können. Elementar für eine gute digitale Lehre ist im technischen Bereich natürlich die Infrastruktur in den Schulen. Auch hier liefern wir ab. Mit Ende des ersten Quartals 2023 wird durch das Informations- und Medienzentrum des Regionalverbandes die Vollausrüstung aller Schulen mit aktiven digitalen Komponenten in jedem Klassensaal abgeschlossen sein. Das heißt überall stehen interaktive Displays oder Whiteboards sowie Accesspoints zur Verfügung. Ein Wermutstropfen ist noch die passive Netzverkabelung innerhalb der Schulen. Hier haben wir große Schwierigkeiten, ausreichend Fachfirmen zu finden, die die Arbeiten angehen. Stand heute sind erst knapp fünf Standorte vollständig ausgebaut. Die Mehrzahl wird allerdings 2023 folgen. Bis Ende 2024 werden dann alle Schulen über moderne IT-Infrastruktur verfügen. Allerdings und das ist wirklich sehr ärgerlich, fehlt es weiterhin am Anschluss der Schulen an das Glasfasernetz. Von 48 Schulstandorten verfügen bisher lediglich vier über einen Glasfaseranschluss. Dabei ist eine entsprechende Einrichtung bereits seit vier Jahren beantragt. Derzeit liegt auch weder vom Breitbandbüro des Saarlandes noch von der Firma Inexio ein konkreter Bauzeitplan für die

Schulstandorte vor. Die Verantwortlichen fordere ich an dieser Stelle auf, endlich den Ausbau zu beschleunigen.

Schulen:

Entscheidend für erfolgreiches Lehren und Lernen ist neben einer guten IT-Infrastruktur natürlich die Lernumgebung. Sie ist entscheidend für das Wohlbefinden und die Konzentrationsfähigkeit aber auch Voraussetzung für moderne Unterrichtsformate, die auf kooperatives Lernen und Differenzierung setzen. Auch die Ganztagschulen als wichtiges Instrument zur Erhöhung der Bildungsgerechtigkeit, stellen ganz andere, höhere Anforderungen an die Gebäudestruktur. Kinder und Jugendliche verbringen heute den größten Teil ihrer Zeit in den Schulen. Somit werden die Schulen zu wichtigen Erfahrungsräumen, die vielfältige Möglichkeiten zum Lehren und Lernen und zur Freizeitgestaltung bieten müssen.

Meine Damen und Herren, wir haben uns deshalb in der Vergangenheit dazu entschieden, dass wir bei allen **Neubaumaßnahmen und Sanierungen** vor allem auf die Qualität und Langlebigkeit achten. Im Rückblick wird dies auch nachhaltiger gewesen sein. Ein paar Zahlen möchte ich an dieser Stelle nennen: Für das Jahr 2023 planen wir im Finanzhaushalt mit einem Investitionsvolumen von 49 Millionen Euro für Baumaßnahmen an Schulen und weiteren 680 000 Euro für Maßnahmen an den Außenanlagen.

Eines der Großprojekte, welches wir mit dem Geld angehen, ist das BBZ Völklingen (Marie-Curie-Schule). Ich habe mich sehr gefreut, dass wir vor 10 Tagen nach langer Vorbereitung den ersten Spatenstich zu dem 50 Millionen Euro Projekt durchführen konnten. Aber auch weitere Großprojekte gehen 2023 in die Umsetzung: So zum Beispiel der Umbau und die Erweiterung der Gemeinschaftsschule Quierschied, die Erweiterung des Warndtgymnasiums und hoffentlich die Erweiterung am Mügelsberg.

Die Entscheidung der Landesregierung zur **Wiedereinführung von G9** wird weitere Erweiterungen nach sich ziehen. Eine Voruntersuchung zeigt, dass sich Bedarfe am Ludwigs-, Schloss-, Otto-Hahn-, und Theodor-Heuss-Gymnasium ergeben werden. Planungskosten wurden hierfür in den Haushalt 2023 eingestellt. Sie sehen, unser Bauamt ist voll gefordert.

Volkshochschule

Meine Damen und Herren, je dynamischer die Zeiten, desto wichtiger ist es für den Einzelnen sich fortlaufend und lebenslang weiterzubilden. Neben unserer Verantwortung als Schulträger müssen wir daher auch dafür Sorge tragen, dass es gute Angebote im Bereich der **Erwachsenenbildung zu sozialverträglichen Preisen** gibt. Dem stellt sich Jahr für Jahr unsere Volkshochschule. Als einer der größten Anbieter in Sachen Weiterbildung im Südwesten, bietet sie ein breit gefächertes Angebot zur allgemeinen, politischen und kulturellen Bildung für alle Teile der Bevölkerung. Mehr als 40 000 Bürgerinnen und Bürger besuchen die über 4000 Kurse, Vorträge und Exkursionen im Jahr. Besonders herausgreifen möchte ich, dass die Volkshochschule gering qualifizierte und einkommensschwache Gruppen etwa durch ihren Kurs zum Nachholen des Hauptschulabschlusses fördert. Dieser erfährt immer eine ausgesprochen gute Resonanz und ermöglicht oftmals Menschen in ihrem jeweiligen Job eine Ausbildung beginnen zu können und damit langfristig und besser bezahlt auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Die Volkshochschule nimmt sich so wichtiger gesellschaftlicher und bildungspolitischer Themen an und reagiert mit ihren Angeboten. Künftig

decken wir beispielsweise auch den Bedarf zum Nachholen des Mittleren Bildungsabschlusses.

Neben all der guten Arbeit müssen wir aber leider konstatieren, dass sich gerade die örtlichen VHS noch nicht von den Auswirkungen der Pandemie erholt haben. Es gibt weiterhin eine merkliche Zurückhaltung oder gar Entwöhnung von Bildungsangeboten. Wir werden weiterhin auch dezentral attraktive Kurs- und Veranstaltungsformate anbieten und dies mit starker Öffentlichkeitsarbeit flankieren. Ich bin optimistisch, dass mit weiterem Übergang in einen endemischen Zustand die Besucher:innen zurückkehren werden.

Kinder und Jugendliche

Meine Damen und Herren, die Auswirkungen der Corona-Zeit hängen vielen jungen Menschen nach und zu schnell wurden sie von neuen, teils existentiellen Sorgen und Zukunftsängsten eingeholt, die der Klimawandel, der Krieg in der Ukraine und die Energie- und drohende Wirtschaftskrise mit sich bringen. Angesichts dieser Rahmenbedingungen müssen wir auf die Gruppe der Kinder und Jugendlichen besonders Acht geben, um frühzeitig gegensteuern zu können. Vorsorge vor Nachsorge, Prävention vor Intervention ist das Stichwort.

Ein wichtiger Gradmesser für die **Lage der Kinder und Jugendlichen** im Regionalverband sind die Rückmeldungen der Kolleginnen und Kollegen, die den direkten Kontakt zu Kinder und Jugendlichen haben. Zu nennen ist hier natürlich die Jugendarbeit des Jugendamtes mit den Jugendzentren aber auch der Kinder- und Jugendärztliche Dienst des Gesundheitsamtes.

Eine positive Nachricht ist, dass die Angebote der Jugendarbeit nach Wegfall der Corona-Einschränkungen von den jungen Menschen als Begegnungs-, Frei- und Experimentierräume wiederentdeckt wurden. Die meisten Jugendzentren erreichten zum Beispiel wieder so viele Kinder- und Jugendliche wie vor der Pandemie. Leider erleben die Jugendarbeiter:innen die jungen Menschen nicht befreit von Sorge und Last. Von einem unbeschwerten jung sein, wo „nur“ die Entwicklungsaufgaben des Jugendalters bearbeitet werden, kann keine Rede sein. Viele empfinden Druck und Stress durch die krisenhaften Rahmenbedingungen und die scheinbar unsichere Zukunftsperspektive. Die Kinder- und Jugendarbeit ist nun auch zu einem Ort geworden, an dem junge Menschen Orientierung, Beratung und Trost suchen und finden.

Auch unser Kinder- und Jugendärztlicher Dienst stellt einen deutlich erhöhten Beratungsbedarf fest. Dabei führen die zunehmenden Schwierigkeiten gerade für Schülerinnen und Schüler vor allem im psychosozialen Bereich zu immer größerer Belastung für Mitschüler:innen, Lehrkräfte und Familien, da Kompetenzen für ein adäquates Sozialverhalten nicht erlernt wurden oder sich zurückentwickelt haben. Es kommt damit zu mehr Auffälligkeiten aus den kinderpsychiatrischen Formenkreis bei gleichzeitig fehlenden diagnostischen-therapeutischen Ressourcen. Auch hier ist der Fachkräftemangel ein großes Problem. Die Zusage des Ministeriums, dass die meisten der zusätzlichen Schulsozialarbeiter:innen, die über das Programm „Aufholen nach Corona“ finanziert wurden, noch ein weiteres Jahr an den Schulen bleiben können, ist daher wirklich gut.

Die **Auswirkungen der Pandemie** auf die kindliche Entwicklung zeigen sich auch bei dem neuen Jahrgang deutlich in den Schuleingangsuntersuchungen. Über alle Gruppen hinweg wurden weiter steigende Defizite festgestellt -

zunehmend in mehreren Bereichen gleichzeitig. Besonders großer Förderbedarf ist im sprachlichen Bereich festzustellen, gefolgt von Defiziten bei der Konzentration und wie oben schon angesprochen der psychosozialen Entwicklung. Um es in Zahlen zu fassen: Die Anzahl der zurückgestellten Kinder steigt von 3,1% auf 4,2%. Dies ist ebenfalls ein Hinweis auf fehlende Förderung in der frühkindlichen Bildung. Es trifft vor allem wieder diejenigen am stärksten, die aufgrund ihres sozialen Hintergrund sowieso schon eine schwierige Ausgangsposition haben. Wir erleben einen schwerwiegenden Rückschlag bei unseren Anstrengungen für die Bildungsgerechtigkeit von Kindern und Jugendlichen. Trotz dieser traurigen Feststellung ist auffallend, dass zunehmend mehr Kinder auch aus den mittleren und höheren Bildungsschichten betroffen sind.

Neben dem Kinder- und Jugendärztlichen Dienst und den Kolleginnen und Kollegen aus der Jugendarbeit begegnet auch der Zahnärztliche Dienst vielen Kindern. Und auch hier zeigt sich ganz deutlich, dass durch den Ausfall von Tagesstrukturen und der gesundheitspädagogischen Unterstützung in Einrichtungen, angelernte Verhaltensweisen der Zahnhygiene vernachlässigt wurden. Häufig wurde aus hygienischen Bedenken das Zähneputzen in den Kindertagesstätten, den Nachmittagsbetreuungen und einigen Schulen sogar komplett eingestellt. Die wiederaufgenommenen zahnärztlichen Reihenuntersuchungen zeigen gerade in den belasteten Stadtteilen erschreckende Befunde. Die Karieshäufigkeit liegt hier zwischen 40 und 50 Prozent. Zur Karieshochrisikogruppe gehören weitere 10 bis 12 Prozent der Kinder. Nach Einschätzung und Erfahrung des Gesundheitsamtes wird es Jahre dauern bis wir nochmal die guten Resultate erreichen, die wir mit viel Engagement vor der Pandemie erlangen konnten.

Diese wenigen Einblicke zeigen schon die enorme Bandbreite von Problemen, die sich durch die Pandemie verschärft haben und neu entstanden sind. Dem müssen wir mit unseren Mitteln im Sinne der einzelnen Kinder und Jugendlichen aber auch im Hinblick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt entgegenwirken.

Operativ müssen wir schauen, dass Hilfs- und Unterstützungsangebote aber auch Kontrollinstanzen ihre eigentliche Aufgabe nochmals in vollem Umfang und Qualität wahrnehmen. Dies gilt natürlich insbesondere für die ärztlichen Dienste im Gesundheitsamt aber auch für die Schulsozialarbeit und den Sozialen Dienst des Jugendamtes.

Damit, meine Damen und Herren, kann man nicht früh genug beginnen. Die Schaffung einer Koordinierungsstelle beim Caritasverband ermöglicht es die Babybegrüßungsbesuche auszuweiten. Die Begrüßungsbesuche sind ein wichtiger Baustein der **Frühen Hilfen**. Mit Hausbesuchen werden die Neugeborenen in ihrem Wohnumfeld willkommen geheißen und die Eltern erhalten Informationen rund um die Pflege, Ernährung und Entwicklung des Säuglings. Außerdem gibt es Tipps zu Familienangeboten in der Nähe und die Besuchsdienste vernetzen die Familien frühzeitig mit Hilfe- und Unterstützungssystemen im Quartier.

Wenn die Kinder dann älter sind, ist in ihrem Leben die Schule zentral. Um gerade nach der Pandemie in den Schulen zu unterstützen, bieten wir gezielt mit Hilfe des bundesweiten Aktionsprogramms „**Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche**“ Nachhilfe insbesondere in den Kernfächern an. 3500 Schülerinnen und Schüler nehmen dies derzeit in Anspruch. Ohne die koordinierenden Fachkräfte der Agentur für Lernförderung unserer Volkshochschule wäre dies in der Form nicht möglich. Wir sind überzeugt damit Lernrückstände, die aufgrund der Pandemie entstanden sind, zu verringern.

Im Sozialen Dienst des Jugendamtes zahlt sich unser Ansatz **Prävention vor Intervention** und ambulant vor stationär aus. Durch die Etablierung des Kinderschutzteams, das durch seinen spezifizierten Zuschnitt schnell reagieren und passgenaue Hilfen einleiten kann, wurden Inobhutnahmen seltener notwendig und die Verweildauer in Maßnahmen konnte verkürzt werden. Das ist gut für die Kinder und Jugendlichen und zahlt sich doppelt aus. Hierdurch wurden Kosten von 600 000 Euro gespart. Insgesamt hat sich das Verhältnis zwischen Präventions- und Interventionsausgaben im Verhältnis 54% zu 46% zugunsten der präventiven Ausgaben verändert. Dabei ist insbesondere der Bereich der Kindertagesbetreuung sehr wichtig.

Meine Damen und Herren, die vorangegangene Problemdarstellung hat gezeigt, dass die institutionalisierte Kinderbetreuung in **Kindertageseinrichtungen** mit Blick auf Tagesstrukturen, Routinen und frühkindliche Bildung unheimlich wichtig sind. Der Ausbau des Platzangebots schreitet voran. Leider viel zu langsam. Denn zu dem bestehenden Bedarf sehen wir gleichbleibend hohe Geburtenzahlen und einem mit der Absenkung der Elternbeiträge zu beobachtenden Anstieg der Nachfrage nach Betreuungsplätzen. Zusätzlich ist davon auszugehen, dass zunehmend auch geflüchtete Familien mit Kindern einen Betreuungsplatz suchen. Dies ist im Hinblick auf die Integration auch sehr gut. Ein weiterer Aspekt ist an dieser Stelle zu nennen. Durch die Inkraftsetzung des neuen Saarländischen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsgesetzes wurde den Trägern unter anderem die Möglichkeit eingeräumt, die Größe der Betreuungsgruppen zu reduzieren, um Kinder mit Integrationsbedarf besser einbinden zu können. Diese Umsetzung des inklusiven Auftrages ist eine deutliche Qualitätsverbesserung und selbstverständlich zu begrüßen. Aber auch hierdurch wird das Platzangebot geschmälert.

Hohe Kosten, fehlendes Personal und hoher Abstimmungsbedarf zwischen vielen zuständigen Stellen hemmen den Ausbau. Außerdem ziehen sich insbesondere die kirchlichen Träger immer stärker zurück. Sie sind nicht mehr willens und manchmal auch nicht mehr in der Lage ihren Beitrag für zusätzliche Kinderbetreuungsplätze zu leisten. Bauträgerschaften werden beispielsweise von Seiten der katholischen Kirche gar nicht mehr angenommen. Aktuell liegt der Versorgungsgrad für unter Dreijährige bei lediglich 30%. Immerhin ist für 2023 mit einer deutlichen Steigerung des Platzangebotes zu rechnen, wenn denn genug Personal gefunden wird. Laut Planung sollen bis Ende 2023 etwa 650 Kindergarten- und 180 Krippenplätze entstehen. Daneben versuchen wir alternative Angebote zu machen, um Lücken in der Versorgungsstruktur aufzufangen. Die 2019 eingeführten **Brückenangebote** haben sich diesbezüglich bewährt und wurden in diesem Jahr aufgrund der Flüchtlingssituation stark ausgebaut. Durch die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für besagte Brückenangebote, den Kita-Einstieg und die Integrationskursbegleitende Kinderbetreuung konnten 260 temporäre Betreuungsplätze für Kinder im Kindergartenalter angeboten werden. Darüber hinaus unterstützen wir als Alternative die Kindertagespflege und stehen im engen Austausch mit deren Interessengemeinschaft, um hier die Rahmenbedingungen stetig zu verbessern und eine hochwertige Betreuung sicherzustellen.

Kultur und Tourismus:

Meine Damen und Herren, zwei weitere Arbeitsfelder haben für das Erleben des Regionalverbandes eine besondere Bedeutung, nämlich Tourismus und Kultur. Sie wissen, dass wir in enger Abstimmung mit der Landeshauptstadt vergangenes Jahr die **Tourismusstrategie 2025** erarbeitet haben. Ein

Leitfaden, der unseren liebenswerten Raum als touristische Destination stärkt. In vielen kleinen und größeren Schritten arbeiten wir auch im kommenden Jahr unser Konzept ab. Wohlwissend, dass einzubringende finanzielle Mittel aus den dargelegten Gründen immer wieder neu justiert werden müssen. Dies gilt auch für die Arbeit unseres Kulturforums. Ich bin ungeheuer froh und erleichtert, dass die traditionelle Sommerreihe „sonntags ans Schloss“ nach der Unterbrechung durch Corona nochmal stattfinden konnte und ein toller Erfolg war. Es war deutlich zu spüren, dass unsere Gäste glücklich waren, die über lange Zeit lieb gewordenen Matineen und Soireen und auch das Kinderprogramm wieder genießen zu können.

Allen ist bekannt, dass das Schlossplatzensemble einen besonderen kulturellen und auch touristischen Wert hat. Hervorzuheben ist hierbei auch unser **Historisches Museum Saar**. Auf viele spannende Projekte, wie der erste Verkauf eines NFT durch ein Museum oder der kürzlich erschienene kolorierte Film mit Szenen aus Saarbrücken, brauche ich nicht einzugehen, da Sie davon in den Medien erfahren haben. Erwähnen möchte ich aber den geplanten Umbau der Dauerausstellung, den wir innerhalb des Zweckverbandes Historisches Museum Saar hälftig finanzieren. Ab nächsten Jahr wird die Dauerausstellung Schritt für Schritt neu konzipiert, strukturiert und an modernste technische Anforderungen und Vermittlungsformate angepasst. Das wird spannend. Von hier aus wünsche ich dem Team dabei ein erfolgreiches Händchen, Kraft und gute Ausdauer. Der Umbau wird schließlich knapp sechs Jahre dauern.

Meine Damen und Herren,

den Regionalverband für die Bürgerinnen und Bürger zu gestalten, voranzubringen und verlässlich durch all die Herausforderungen zu manövrieren und stets für die kommenden Anforderungen zu wappnen, ist unsere gemeinsame Aufgabe.

Ohne den Einsatz der vielen hoch engagierten Kolleginnen und Kollegen wäre das nicht möglich. Viele sind bis an ihre Belastungsgrenze gegangen und mussten teilweise darüber hinaus. Bei Ihnen allen möchte ich mich ganz herzlich für diesen besonderen Einsatz **bedanken**. Meine Anerkennung gilt dabei auch den Freunden und Familien, die häufig viel Verständnis aufbringen müssen, wenn ihre Lieben beruflich, teilweise am Wochenende, für die Mitmenschen eingespannt sind. Ein Dankeschön an alle.

Bedanken möchte ich mich aber auch bei den Fraktionen und ihren Mitgliedern für hin und wieder harte aber immer faire Beratungen. Es ist gut, dass die Zusammenarbeit in den politischen Gremien von gegenseitigem Respekt geprägt ist.

Meine Damen und Herren, die Daten des Haushaltsentwurfes für das Jahr 2023 liegen ihnen schriftlich vor. Wir haben viel diskutiert und abgewogen. Auf der Grundlage der nun vorliegenden Zahlen bitte ich Sie die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan, das Investitionsprogramm und den Stellenplan entsprechend zu beschließen.

Vielen Dank und Ihnen allen ein **frohes Weihnachtsfest**.